Niederschrift

über die 11. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen der Stadt Wyk auf Föhr am Dienstag, dem 19.09.2017, im Sitzungssaal der Amtsverwaltung.

Anwesend sind:

Dauer der Sitzung: 19:00 Uhr - 19:37 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Arne Arfsten
Frau Birgit Hinrichsen für Frau Marina Kowalewski
Herr Dirk Jenßen
Frau Annemarie Linneweber
Herr Michael Lorenzen
Frau Geske Nahmens
Herr Peter Potthoff-Sewing Vorsitzender
Herr Eberhard Schaefer für Herrn Klaus Herpich
Herr Peter Schaper für Herrn Thomas Löwenbrück
Herr Volker Stoffel

zusätzlich anwesend

Herr Paul Raffelhüschen

von der Verwaltung

Herr Marco Christiansen Schriftführer
Herr Jörg Michelsen

Kinder- und Jugendbeirat

Frau Lyna-Michelle Gringmuth

Seniorenbeirat

Frau Karin Petersen

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Klaus Herpich
Herr Jürgen Huß stellv. Vorsitzender
Frau Dr. Marina Kowalewski
Herr Thomas Löwenbrück

Tagesordnung:

- 1 . Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 . Anträge zur Tagesordnung
- 3 . Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten
- 4 . Einwendungen gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)
- 5 . Einwohnerfragestunde
- 6 . Haushalt 2018
Anlage
- 7 . Satzung über Sondervermögen der Stadt Wyk auf Föhr für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Wyk auf Föhr
Vorlage: Stadt/002229
- 8 . Bericht der Verwaltung
- 9 . Verschiedenes

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die anwesende Einwohnerschaft. Nach erfolgter Prüfung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit sowie der Beschlussfähigkeit wird die 11. Sitzung des Ausschusses für öffentliche Einrichtungen eröffnet.

2. Anträge zur Tagesordnung

Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

3. Beschlussfassung über die nichtöffentliche Beratung von Tagesordnungspunkten

Das Gremium befindet einstimmig, dass der öffentliche Teil der Tagesordnung wie in der Einladung vorgesehen auch öffentlich zu behandeln ist.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

4. Einwendungen gegen die Niederschrift über die 10. Sitzung (öffentlicher Teil)

Einwendungen werden nicht vorgebracht. Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 10. Sitzung wird ohne Änderungen genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende übergibt das Wort an den Sprecher des HGV. Dieser kommt auf die jüngste Beschlusslage hinsichtlich der Beschilderung der Fußgängerzone zurück und führt aus, dass dieser noch nicht umgesetzt sei. Das Verkehrsaufkommen in der Fußgängerzone wäre nach wie vor hoch. Das seitens der Stadt mit der Abpollerung der Innenstadt noch nicht begonnen wurde, sei im Hinblick auf die zur Zeit stattfindende Baumaßnahme nachvollziehbar. Dennoch sei erneut wertvolle Zeit ungenutzt verstrichen. Die Große Straße erfährt weiterhin eine intensive Nutzung durch Kraftfahrzeuge, was zu nicht unerheblicher Unruhe in diesem Bereich führe. Der HGV möchte daher an die Diskussion, die im Vorwege der Beschlussfassung geführt wurden, erinnern und um baldige Einführung einer angemessenen Verkehrsflussregelung nachsuchen. Aus der Warte des HGV sei bei dieser Gelegenheit deutlich gemacht, dass nicht der Lieferverkehr ursächlich für das hohe Verkehrsaufkommen sei. Der Sprecher des HGV bittet um rechtzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und bietet sich ebenfalls an, abermals an der Arbeitsrunde konstruktiv mitzuwirken. Im Hinblick auf die angedachte Überplanung der Großen Straße sollte der Arbeitskreis möglichst zeitnah erneut zusammenkommen. Das Ergebnis sollte zum Bild einer Fußgängerzone passend sein. Auch die Hafenstraße sollte bei den Erwägungen nicht unberücksichtigt bleiben.

Aus den Reihen der SPD wird angeregt, den Vorschlag aufzugreifen und nach einer Begehung der Örtlichkeiten die Sitzung des Arbeitskreises zeitlich so anzuberaumen, dass sich die städtischen Gremien bis zum Ende des Jahres mit den dort erarbeiteten Ergebnissen beschäftigen können.

Der Bürgermeister geht kurz auf den Wortbeitrag ein und führt aus, dass die Hafensstraße nach Anordnung der Verkehrsbehörde als 30-Zone einzurichten ist. Vorschläge zur Gestaltung der Großen Straße sollen durch das Bau- und Planungsamt im Oktober vorgestellt werden. Das Abpollern der Fußgängerzone war, bedingt durch die unaufschiebbaren Baumaßnahmen, zurückzustellen. Dieser Beschluss soll aber im Frühjahr des kommenden Jahres umgesetzt werden.

Auf Nachfrage erwidert die Verwaltung, dass die geänderte Beschilderung für den Bereich der Fußgängerzone noch nicht umgesetzt werden konnte.

6. Haushalt 2018 Anlage

Der Vorsitzende übergibt das Wort an die Verwaltung.

Der Leiter der Ordnungsbehörde berichtet anhand der Vorlage. Der gesamte Entwurf für das Jahr 2018 beinhaltet keine nennenswerten Kennzahlen.

Hervorzuheben sei im Bereich des Brandschutzes lediglich das Konto 07910000 mit einem Planansatz in Höhe von 20.000 €. Hier sind für die FFW Wyk auf Föhr 30 BOS Digital Meldeempfänger zu beschaffen. Eine Neuanschaffung ist aus Gründen des Datenschutzes –bei den zur Zeit im Einsatz befindlichen Geräten könnte die Einsatzmeldung unverschlüsselt von Dritten empfangen werden- geboten, da eine Umrüstung der Geräte technisch nicht möglich ist.

Ein Vertreter der KG hinterfragt die angesetzte Höhe der Parkgebühren. Hier ist ein Rückgang von 15.000 € zu verzeichnen.

Die Verwaltung erläutert, dass dieser Rückgang der Baumaßnahme im Bereich der Hafens- und Großen Straße geschuldet ist. Eine Vielzahl ansonsten stark frequentierter Parkplätze hatten entsprechende Ausfälle zu verzeichnen.

Aus den Reihen der SPD wird hinterfragt, ob die Darstellung der Finanzplanung im Haushalt gleichbedeutend mit einem Beschluss für eine bestimmte Maßnahme zu werten sei. Dies wird seitens der Verwaltung verneint. Hier soll lediglich im Haushalt eine Übersicht über mögliche zukünftige Belastungen dargestellt werden. Die Durchführung einer Maßnahme bedarf letztendlich eines entsprechenden Beschlusses.

Weitere Fragen liegen nicht vor. Der Vorsitzende lässt über den vorgelegten Haushaltsentwurf abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Dem Haushaltsentwurf kann einstimmig gefolgt werden.

7. Satzung über Sondervermögen der Stadt Wyk auf Föhr für die Kameradschaftspflege der Freiwilligen Feuerwehr Wyk auf Föhr Vorlage: Stadt/002229

Die Verwaltung führt auf Bitten des Vorsitzenden anhand der Vorlage aus.

Der Landesgesetzgeber hat durch die Änderung des Brandschutzgesetzes vorgegeben, dass für die Führung von Kameradschaftskassen nunmehr eine Satzung der aufgaben-tragenden Gemeinde zu erlassen ist. Damit wird für die Wehren Rechtssicherheit hergestellt, da diese Gelder als ausgewiesenes Sondervermögen der Gemeinde im Haus-

haltsplan dargestellt werden. Ebenso wird eine klare Abgrenzung hinsichtlich der Mittelverwendung vorgenommen. Eingenommene Gelder gehen entweder zweckgebunden in den Haushalt der Gemeinde und werden für Maßnahmen des abwehrenden Brand-schutzes, z.B. für die Beschaffung von Ausrüstungsgegenständen, aufgebracht. Dann kann seitens des Amtes Föhr-Amrum darüber auch eine offizielle Spendenbescheinigung ausgestellt werden. Oder Gelder, gespendete oder auch durch die Wehr selbst erwirtschaftete, kommen unmittelbar der Kameradschaftspflege zugute.

Die Feuerwehrverbände haben auf Grundlage der geänderten Rechtslage eingehende Beratungsgespräche anberaunt, um die Wehren bei der Umsetzung zu unterstützen. Der vorliegende Satzungstext entspricht einer Mustersatzung, welche durch das Innenministerium in Abstimmung mit den Feuerwehrfachverbänden abgefasst wurde. Da hinsichtlich der im Satzungsentwurf aufgeführten Wertobergrenzen keine Erfahrungswerte vorliegen, hat man sich seitens der Verwaltung an einer Wehr in vergleichbarer Größe auf dem Festland orientiert.

Auf Nachfrage aus der KG-Fraktion kann die Verwaltung bestätigen, dass die zunächst vorhandene Skepsis der Wehren in Bezug auf die Neuregelung der Kameradschaftskassen weitgehend zerstreut werden konnte. Die Spitzenverbände der Feuerwehr haben wiederholt Informationsveranstaltungen durchgeführt. Schulungen auf Amtsebene wurden durch das Ordnungsamt in Zusammenarbeit mit der Finanzbuchhaltung durchgeführt, um den Kassenwarten das Arbeiten mit den neuen Kassenprogrammen zu ermöglichen.

Hinsichtlich der Wertobergrenzen führt die Verwaltung weiter aus, ist ab einer bestimmten Höhe darüber zu befinden, wo die erhaltenen Mittel zu vereinnahmen sind. Bei den jetzt aufgeführten Werten von 1.000 € wäre also bei einer Zuwendung von 1.500 € durch die Wehrführung und den Bürgermeister (nach den Vorgaben des § 2 b Brand-schutzgesetz in Verbindung mit § 2 Abs. 7 Nr. 7 der Hauptsatzung der Stadt Wyk auf Föhr) zu befinden, wie mit den 500,00 €, die über die Wertgrenze von 1.000 € hinausgehen, im Einzelfall haushaltstechnisch zu verfahren ist.

Die Wertgrenze bedeutet indes nicht, dass Gelder, welche diese Grenze überschreiten, zurückzuweisen sind.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen

Der vorgelegte Satzungsentwurf wird einstimmig befürwortet.

8. Bericht der Verwaltung

Die Verwaltung erläutert, dass die Personalsituation im Bereich der Ordnungsbehörde nach wie vor angespannt ist. Zeitweise waren Ausfallzeiten von bis zu 500 Stunden pro Monat zu verzeichnen. Dieser Umstand ist ursächlich dafür, dass einige Punkte, die bereits Beschlusslage sind, durch die Verwaltung noch nicht umgesetzt werden konnten. Man hofft, dass sich diese Situation nach der Bundestagswahl leicht entspannen wird.

9. Verschiedenes

Aus der KG-Fraktion wird angefragt, inwieweit die Anschaffung der Geschwindigkeitsmesstafel für den Bereich Fehrstieg/ L 214 vorangeschritten ist.

Die Verwaltung berichtet, dass die Messtafel in den kommenden vier Wochen beschafft

sein wird.

Die im Stadtgebiet aufgestellten Stadtpläne sind veraltet und müssten überarbeitet werden, so ein Sprecher der KG. Hier wird angefragt, wer für die Überplanung zuständig ist. Der Bürgermeister kann berichten, dass die FTG bereits mit der Thematik befasst sei. Ebenfalls wird seitens der KG angeregt, die Fahrradkarten zu überarbeiten, da das Radwegekonzept nicht vollständig wiedergegeben ist. Hier würde z.B. speziell der Fahrradweg nach Nieblum gänzlich fehlen.

Die Verwaltung sagt zu, diese Anregung hausintern an die zuständige Stelle weiterzuleiten.

Der Bürgermeister wird diesen Hinweis zudem im Zweckverband Tourismus anbringen. Ein Mitglied der SPD fragt an, ob es im Forst seitens der Stadt Regelungsmöglichkeiten hinsichtlich der Ausschilderung von Reitwegen gäbe. Die Wege dort wären zu großen Teilen völlig zertreten.

Die Verwaltung erwidert, dass sich der Forst im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde Wrixum befindet. Das angesprochene Problem sei als gesamtinsulares Problem bereits bekannt. In der Vergangenheit habe es bereits Versuche der Ansprache gegeben. Bedauerlicherweise halte man sich überwiegend nicht an die getroffenen Übereinkünfte.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Vertreterinnen des Senioren- als auch des Kinder- und Jugendbeirates verlassen die Sitzung.

Peter Potthoff-Sewing

Marco Christiansen